

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
21.12.2011
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Parkraumbewirtschaftungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0641
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.2 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im
öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam
(Parkgebührenordnung)
Vorlage: 11/SVV/0642
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.3 Einsicht in Unterlagen städtischer Unternehmen
Vorlage: 11/SVV/0700
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0789
Fraktion CDU/ANW
- 3.5 Pachtzins für alternative Wohnprojekte
Vorlage: 11/SVV/0874
Fraktion Die Andere
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt
Vorlage: 11/SVV/0806
Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte
- 4.2 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante für eine Vergabestelle
- 4.3 Bericht zur Umsetzung des Landesvergabegesetzes
zu Beschluss 11/SVV/0713
Vorlage: 11/SVV/0962
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

- 4.4 Vorlage eines Vergleichs der Geschäftsführergehälter und Bericht zu den Einstellungskonditionen
- 4.5 Konzept Waschhaus
Vorlage: 11/SVV/0894
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
- 4.6 Beschlusskontrolle
gemäß DS: 09/SVV/0951 und 09/SVV/0955
Vorlage: 11/SVV/0963
Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung
- 4.7 Personalentwicklungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0897
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 4.8 Städtische Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Änderung der Richtlinien
Vorlage: 11/SVV/0895
Oberbürgermeister
- 4.9 Informationen zum Beschluss 11/SVV/0926 - Buslinie 696, Robert-Baberske-Straße - Bahnhof Griebnitzsee - Fahrten am Wochenende
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und wünscht allen ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2012, in dem sich mit neuer Energie den Aufgaben gewidmet werde.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.12.2011

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung informiert er über die von der Fraktion

DIE LINKE beantragten Erweiterungen um folgende Punkte:

- Information zum aktuellen Stand zum Verfahren Workshop Badneubau
- 11/ SVV/0914 - Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad.
- 11/SVV/0929 - Geschäftsführung SWP

Die Information zum aktuellen Stand zum Verfahren Workshop Badneubau, so der Oberbürgermeister, solle anstelle des im Tagesordnungspunkt 4.1 gegebenen Jahresberichtes 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt gegeben werden, da Frau Trauth-Koschnik noch krank sei.

Bezüglich der DS 11/SVV/0914 - Sanierung Schwimmhalle plus Neubau Kiezbad – verweist er darauf, dass diese auch in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen wurde und dort erst am 17. Januar auf der Tagesordnung stehe, so dass er vorschläge, diese DS in der Sitzung des Hauptausschusses am 18. Januar 2012 zu beraten. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dagegen aus, da am 13. Januar bereits die Workshops beginnen und der erste Teil des Antrags eine Gleichstellung der Varianten bewirken sollte. Würde der Antrag erst nach dem 13.01. behandelt, sei das nicht mehr gewährleistet.

In der daran anschließenden Abstimmung wird die Aufnahme der DS 11/SVV/0914 mit 7 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen **abgelehnt**. Gleichzeitig sichert der Oberbürgermeister zu, dass die Varianten im Workshop Berücksichtigung finden werden.

Auf seine Anmerkung, dass der Hauptausschuss am 18. Januar 2012 auch über DS 11/SVV/0929 - Geschäftsführung SWP – beraten werde, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass die Stadtverordnetenversammlung diesen Antrag in den Hauptausschuss überwiesen habe, so dass er zeitnah zu beraten ist. Alle überwiesenen Anträge sind in die nächstmögliche Tagesordnung aufzunehmen und nicht der Vorsitzende eines Ausschusses, sondern die Ausschussmitglieder entscheiden dann, ob darüber beraten werde oder nicht. Herr Schüler verweist seinerseits auf das auch für Ausschüsse einzuhaltende Prinzip der Öffentlichkeit. Auch wenn einiges für eine Beratung spreche, so sei die DS nicht in der Tagesordnung enthalten und letztlich entscheide die Stadtverordnetenversammlung nach einer Empfehlung des Hauptausschusses über den Antrag. Damit reiche auch eine Beratung am 18.01. aus.

Im Ergebnis der Diskussion wird der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Zurückzustellen seien auch die Tagesordnungspunkte 3.1., DS 11/SVV/0641, Parkraumbewirtschaftungskonzept, und 3.2, 11/SVV/0642, Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung), da seitens einiger Fraktionen noch Gesprächsbedarf signalisiert worden sei.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, in einem nicht öffentlichen Teil das Anliegen der Fraktion DIE LINKE bezüglich des Schaustellerverbandes zu beraten.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Zur Niederschrift der 62. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 21. Dezember 2011 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Parkraumbewirtschaftungskonzept**

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt – da seitens einiger Fraktionen noch Gesprächsbedarf signalisiert worden ist.

zu 3.2 **Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung)**

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

zurückgestellt – da seitens einiger Fraktionen noch Gesprächsbedarf signalisiert worden ist.

zu 3.3 **Einsicht in Unterlagen städtischer Unternehmen**

Vorlage: 11/SVV/0700

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler führt aus, dass der Sachstand in der Fraktion beraten und dem Hinweis der Verwaltung gefolgt worden sei, den bislang sehr weit gefassten Zeitraum zu verkürzen und statt von 2005 auf 2008 – 2011 festzulegen. Im Weiteren sei der Passus „...und Niederschriften der Sitzungen der Aufsichtsräte von EPW und SWP...“ zu streichen, da kein Anspruch der Stadtverordneten auf Einsicht in die Niederschriften der Aufsichtsräte bestehe. Ebenso zu streichen sei der Absatz mit den zu benennenden Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, die die Akteneinsicht vornehmen sollten. Dafür soll nach Vereinbarung mit der Verwaltung den Mitgliedern des Hauptausschusses Einsicht in die Unterlagen gewährt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Fraktion DIE LINKE das Anliegen unterstütze und dies als Anregung für die weitere Diskussion zu nehmen sei.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Termine den Hauptausschussmitgliedern mitgeteilt und die Unterlagen im Blauen Salon zur Einsicht ausgelegt werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung des Hauptausschusses Einblick in die Niederschriften der Sitzungen der Gesellschafterversammlungen und Anweisungen des Gesellschaftervertreters der Landeshauptstadt Potsdam an die Geschäftsführung der EWP und SWP für die Jahre 2008-2011 sowie in die Quartalslageberichte 2008-2011 der EWP und SWP und ~~Niederschriften der Sitzungen der Aufsichtsräte von EPW und SWP für die Jahre 2008-2011~~ zu gewähren und in öffentlicher Sitzung im ~~November 2011~~ der STVV dem Hauptausschuss auf eventuelle Rückfragen Auskunft zu erteilen.

~~Zur Akteneinsicht sind drei Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung zu benennen:~~

- 1.
- 2.
3. Herr Andreas Menzel (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.4 Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam

Vorlage: 11/SVV/0789

Fraktion CDU/ANW

zusammen mit Prüfbericht zum Bertiniweg

Der Oberbürgermeister verweist auf die einstimmige Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses. Im Weiteren erhebt sich gegen die von Frau Dr. Müller vorgeschlagene Terminänderung auf den **25. Januar 2012** kein Widerspruch.

Anschließend informiert Herr Exner über den aktuellen Sachstand und darüber, dass die Kommunalaufsicht des Landes mit heutigem Datum und vorab per Fax mitgeteilt habe, den Grundstücksverkauf zu billigen. Der Grundstückskaufvertrag sei durch eine Ergänzungsurkunde vom 21.12.2011 erweitert worden, auf die sich die Stadt mit den Erwerbern geeinigt habe. Er betont, dass der Kaufgegenstand und der Kaufpreis gleich geblieben seien und sich die Käufer verpflichtet hätten, den Pächtern notarielle Kaufangebote zu unterbreiten, die den Konditionen eines gesetzlichen Vorkaufsrechtes entsprechen. Damit werden die Konditionen der Grundstückserwerber an die Pächter unverändert weitergegeben.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass, wenn das Vorkaufsrecht jetzt gewährt werden könne, ohne dass der Stadt ein Schaden entstehe, es dann noch mehr die Frage sei, warum das nicht gleich gemacht wurde. Er betont, dass damit das Problem für die Stadt nicht aus der Welt sei.

Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz nach der vorgesehenen Zeitschiene verweist Herr Exner auf die Notwendigkeit der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht. Nun hätten die Pächter zwei Monate Zeit, zu überlegen und das Angebot anzunehmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, den Verkauf von Grundstücken im Bertiniweg in Potsdam an die BTW Projektentwicklung GmbH zu prüfen.

Inhalt der Prüfung soll insbesondere die vertragliche Umsetzung der Vorgaben aus der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zur DS 10/SVV/0902 sein. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob aus der offensichtlich großen Nähe der Käuferseite zur LBS (Landesbausparkasse) Anhaltspunkte für eine bevorzugte Behandlung durch Mitarbeiter der Stadtverwaltung bestehen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am **25.01.2012** dazu zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Pachtzins für alternative Wohnprojekte

Vorlage: 11/SVV/0874

Fraktion Die Andere

WV im HA am 08.02.2012

Herr Sändig bringt den Antrag ein. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass dies Angelegenheit der Pro Potsdam sei und bittet Herrn Westphal um eine Stellungnahme. Dieser betont, dass dies die erste Erhöhung seit Vertragsabschluss sei und sich die derzeitig gezahlten 42.000 Euro Pacht pro Jahr nur um 6.000 Euro erhöhen werden. Er gehe davon aus, dass sich beide Seiten an den geschlossenen Vertrag halten.

Frau Müller-Preinesberger verweist auf ein am 16. November 2011 auf Wunsch der Vertreter alternativer Wohnprojekte geführtes Gespräch, wo auch der erhöhte Pachtzins Thema gewesen sei. Auch hier hätten die Vertreter betont, sich nicht in der Lage zu sehen, die erhöhten Forderungen zu bedienen, was sich aus den Sanierungsaufwendungen und Kreditbelastungen ergeben würde. Deshalb sei vereinbart worden, die Sanierungspläne und die vorhandenen Belastungen aller 4 Wohnprojekte darzustellen, was bis zum 10. Januar 2012 erfolgen solle. Sie schlage vor, abzuwarten, welche Informationen zu den Hypothekenbelastungen etc. vorgelegt werden, um sagen zu können, ob das zu verkraften ist oder nicht.

Daraufhin schlägt der Oberbürgermeister vor, den Antrag zurückzustellen.

Frau Dr. Müller regt an, auch die Probleme des La Datscha, die in einem Schreiben an alle Fraktionen dargestellt wurden, damit zu verbinden.

Frau Bankwitz merkt an, dass man bei Abschluss der Verträge zu alternativen Wohnprojekten gesagt habe, man brauche verlässliche Partner. Deshalb halte sie es für überdimensioniert, sich im Hauptausschuss auch mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Oftmals seien es ja mehr „gefühlte“ zu hohe Rechnungen. Dem widerspricht Frau Dr. Müller, denn es gehe nicht nur um zu hohe Rechnungen, sondern z. B. um fehlende Zähler etc. und es gebe noch andere Zusammenhänge. Deshalb sollte man überlegen, wie man System in die Wohnprojekte bringen könne.

Herr Schüler pflichtet den Ausführungen von Frau Bankwitz bei, denn es gehe um Verbrauchsabrechnungen, die zu hoch ausfallen. Dafür sei der Hauptausschuss nicht die richtige Adresse – hierfür gebe es den Rechtsweg.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es vor kurzem eine Hausbesetzung gegeben habe und anschließend eine Demo zum Thema Wohnen in Potsdam als soziales Problem sowie einen hier vorliegenden Antrag und den genannten Brief. Das sollte Anlass sein darüber nachzudenken, wie sich die Sichtweise junger Menschen in die Diskussion einbeziehen lasse und das inhaltliche Anliegen aufgegriffen werde.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass die Verwaltung die notwendigen Zahlen zusammenstelle, mit den Stellungnahmen der Wohnprojekte und einer Berichterstattung über das Projekt La Datscha sowie der Darstellung der rechtlichen Situation verbinde und Herrn Richter vom KIS zur nächsten Beratung einlade. Die Verwaltung habe das schon seit längerer Zeit im Blick und eine Zusammenstellung vorbereitet.

Frau Müller-Preinesberger greift diesen Vorschlag auf und betont, dass die

Auflistung so erfolgen werde, dass alle Hauptausschussmitglieder einen aktuellen Sachstand haben. Sie schlägt vor, dies in der Hauptausschusssitzung am 08.02.2012 in die Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils aufzunehmen, da auch vertragliche Vereinbarungen und Zahlungen etc. in der Auflistung enthalten sein werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Schröder merkt abschließend an, dass man auch eine Auflistung erstellen sollte, wie viele Sozialwohnungen es in welchen Wohngebieten gebe, weil das von einigen gezeichnete Bild über die Verteilung dann ganz anders aussehen werde und mancher überrascht sein werde, wo sich überall Sozialwohnungen befinden. Das könnte das Bild abrunden und die Diskussion versachlichen.

Das, so der Oberbürgermeister, könne auf Grundlage des Wohnungsmarktberichtes in die Diskussion mit einbezogen werden.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Jahresbericht 2010 des Büros für Chancengleichheit und Vielfalt Vorlage: 11/SVV/0806

Oberbürgermeister, Gleichstellungsbeauftragte

zurückgestellt

neu Information zum aktuellen Stand zum Verfahren Workshop Badneubau

Herr Kümmel informiert, dass seit dem 14.12.2011 Einladungen verschickt wurden und die Verwaltung seitdem 4 Pressemitteilungen in die Öffentlichkeit gegeben habe. Außerdem sei unter Potsdam.de eine Seite zum Thema Badentscheidung eingestellt worden sowie eine extra dafür eingerichtete Telefonnummer und Internetadresse. Außerdem seien 93.000 Flyer verteilt und 30 persönliche Einladungen an Vertreter von Parteien und Bürgerinitiativen verschickt worden. Mit dem heutigen Tag gebe es 102 Anmeldungen für das Werkstattverfahren.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass im Internet eine Favorisierung der Variante 2 erkennbar sei. Außerdem sei die Frage, wie die Wandlung von einem Sport- und Freizeitbad (Beschlusslage Januar 2010) zu einem Familien- und Sportbad vollzogen wurde. Außerdem wolle er wissen, wie mit dem Vorschlag einer zeitlichen Straffung umgegangen werde. Bezüglich der Arbeitskreise fragt er nach, ob es dafür eine Themenvorauswahl gebe oder diese „freischaffend“ gebildet werden. Außerdem plädiere er dafür, dass das Wortprotokoll zur Diskussion um das Bad der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27.01.2010 mit veröffentlicht werde und in die Vorbereitung mit einfließe.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Bezeichnung „Familien- und Sportbad“ genau das treffe, was in Potsdam gebraucht werde und somit der treffendere Begriff sei. Die Straffung des Zeitprogramms werde in einer Vorbereitungssitzung am Freitag noch einmal besprochen und geprüft. Die Anzahl der Arbeitskreise stehe noch gar nicht fest und deren Inhalte werden sich an der Diskussion orientieren.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Vorstellung der Modelle und einer Vorzugsvariante für eine Vergabestelle

Herr Weise informiert, dass die Prozessanalyse dazu im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit dem Rechnungsprüfungsamt, dem Bereich Recht und Herrn Dr. Pokorny durchgeführt wurde und er die 3 Modellvarianten gern in der Sitzung des Hauptausschusses am 08. Februar in Form einer Mitteilungsvorlage vorstellen wolle.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Bericht zur Umsetzung des Landesvergabegesetzes zu Beschluss 11/SVV/0713

Vorlage: 11/SVV/0962

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob es einen neuen Sachstand und Überlegungen zu den laufenden Verträgen, antwortet Herr Weise.

Mittlerweile seien Verwaltungsregelungen von Landesseite (insbesondere Formblätter zur Einhaltung der Mindestanforderungen, Ausführungshinweise zur Anwendbarkeit, Fragenkatalog zum Vergabegesetz) auf dem Internetportal des Landes (vergabe.brandenburg.de) veröffentlicht worden, während es allerdings an den notwendigen vom Land noch zu erlassenden Rechtsverordnungen zum Landesvergabegesetz noch fehle. Die Stadtverwaltung selbst hat alle Formblätter ebenfalls auf dem städtischen Vorlagenserver zur Verfügung gestellt und eine Anwendungshilfe mit Ausführungsregelungen für die städtischen Vergabegestellen erlassen. Er verweist im Weiteren darauf, dass es hinsichtlich der Anwendung des Landesvergabegesetzes bei bestehenden Verträgen insofern ein Problem gebe, da es sich hierbei um eine freiwillige Regelung handle. Nun werde man sehen, wie der Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes umgesetzt werden könne.

zu 4.4 Vorlage eines Vergleichs der Geschäftsführergehälter und Bericht zu den Einstellungskonditionen

Herr Exner führt dazu aus, dass die Verwaltung dazu eine Recherche über alle Landeshauptstädte im Internet durchgeführt habe. Das Ergebnis wird an alle Mitglieder des Hauptausschusses schriftlich übergeben und im RIS als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt. Allerdings ist festzustellen, dass öffentlich zugängliche Daten sehr begrenzt einholbar, nur bedingt vergleichbar und somit nicht ausreichend repräsentativ seien.

Zu den Vorstands- und Geschäftsführerbezügen in öffentlichen Unternehmen gebe es jedoch eine Kienbaum-Studie, die jährlich aktualisiert werde. Da diese nicht ausgereicht werden kann, liegt sie zur Einsicht im Bereich Beteiligungsmanagement bereit.

zu 4.5 Konzept Waschhaus

Vorlage: 11/SVV/0894

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Magdowski erläutert die Mitteilungsvorlage, die im Jugendhilfeausschuss

und im Ausschuss für Kultur bereits zur Kenntnis genommen wurde.
In der sich anschließenden Diskussion nimmt Frau Dr. Schröter Bezug auf die Ausschreibung der Schiffbauergasse und spricht sich dafür aus, mit dem Land eine Klärung herbeizuführen, wie in diesem Zusammenhang mit der Schinkelhalle verfahren werden solle bzw. die Förderbedingungen diesbezüglich zu modifizieren. Wenn das nicht aufgehe, sollten alternative Finanzierungsmöglichkeiten überlegt werden. Das Problem sei, dass die Lösungsfindung „unendlich“ lange dauere und wahrscheinlich auch in 2012 nicht abgeschlossen werden könne.
Im Weiteren informiert Frau Dr. Magdowski über den aktuellen Sachstand, die Ergebnisse der Ausschreibung und die Vor- und Nachteile der möglichen Varianten der weiteren Nutzung der Schinkelhalle.

zu 4.6 **Beschlusskontrolle**
gemäß DS: 09/SVV/0951 und 09/SVV/0955
Vorlage: 11/SVV/0963

Oberbürgermeister, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, wann der Nahverkehrsplan ausgereicht bzw. ausgelegt werde, entgegnet Herr Pfefferkorn, dass ein Entwurf gemeinsam mit den VIP und dem Beteiligungsmanagement fertiggestellt wurde. Auf Grund zahlreicher anderer Aufgaben sei die Verwaltung etwas in Verzug geraten und werde den Nahverkehrsplan im Frühjahr den Gremien zuleiten.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob das LKW-Führungskonzept der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 2011 vorgelegt werde, wird bejaht. Zu seiner Nachfrage, wann der Prüfbericht zur Zukunft des Theaterschiffs vorgelegt werde, entgegnet Herr Klipp, dass dazu eine umfängliche Standortanalyse erfolgt sei und alle möglichen Standorte in einer Matrix aufgelistet wurden, die mit den Betroffenen abzustimmen sei.

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg nach den Ergebnissen der Ausschreibung der Biosphäre schlägt der Oberbürgermeister vor, in der Hauptausschusssitzung am 08. Februar 2012 eine Information zum aktuellen Sachstand bezüglich des Theaterschiffs und der Biosphäre in die Tagesordnung aufzunehmen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.7 **Personalentwicklungskonzept**
Vorlage: 11/SVV/0897

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bittet um Nachfragen zu dem vorliegenden mit dem Personalrat abgestimmten Konzept.

Im Weiteren beantwortet Herr Dr. Pokorny die Nachfragen zu Maßnahmen der Mitarbeitermotivation und zur Senkung des Krankenstandes, zur elektronischen Vorgangsbearbeitung, zum Stellenaufwuchs, zur Ermittlung des Personal- bzw. Stellenbedarfs und zur Definition des Begriffs „Führungskraft“.

Er erläutert in diesem Zusammenhang Inhalte der zentralen Fortbildung, Inhalte und Funktion der Teilpersonalentwicklungspläne, Verhandlungen mit dem Personalrat zur Einrichtung eines Bewertungssystems für Mitarbeiter, Bausteine

für die Führungskräfteentwicklung sowie das betriebliche Gesundheitsmanagement. Zur Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes sei im Februar dieses Jahres ein Workshop mit den Führungskräften geplant. Er schlägt vor, die Ergebnisse in einer halb- oder ganzjährigen Berichterstattung zu präsentieren.

Im Weiteren regt Frau B. Müller an, zukünftig einen Vertreter des Personalrates zu diesem Thema mit einzuladen, da die Berichterstattung ansonsten nur einseitig erfolge.

Da ihn die Presseberichte zum Thema Personal in der Stadtverwaltung nicht überrascht haben, so Herr Schröder, meine er, sei eine Mitarbeitermotivation unbedingt notwendig. Deshalb sollte u. a. die Kommunikation zwischen den Führungsebenen und die Arbeitsplatzbedingungen verbessert werden.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass viele Maßnahmen erst „aufgeschrieben“ seien. Die Umsetzung müsse nachvollziehbar dargestellt werden, insbesondere auch gegenüber den Stadtverordneten, um das begleiten zu können.

Bezüglich der Bitte von Herrn Schubert, auf Grund des dargestellten Zusammenhangs zwischen Erhöhung des Alters und der Leistungsfähigkeit eine Alterspyramide zu erstellen, verweist Herr Dr. Pokorny auf „PIA-online“, wo diese zu finden sei. Er könne diese aber auch im Rahmen der vorgeschlagenen Berichterstattung noch einmal präsentieren.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.8 Städtische Förderprogramme zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Kleinstunternehmen in der Landeshauptstadt Potsdam - Änderung der Richtlinien

Vorlage: 11/SVV/0895

Oberbürgermeister

Herr Frerichs erläutert eingangs die Mitteilungsvorlage. Darauf Bezug nehmend führt Herr Dr. Scharfenberg aus, dass dieses Förderprogramm in der Vergangenheit eher weniger genutzt wurde. Er regt an, der jetzt steigenden Nachfrage mit einem erhöhten Budget zu begegnen. Im Weiteren wird die Frage diskutiert, warum die Förderung bildender Künstler über dieses Programm derzeit nicht erfolgt und angeregt, dieses so wie in anderen Bundesländern ebenso zu ermöglichen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.9 Informationen zum Beschluss 11/SVV/0926 - Buslinie 696, Robert-Baberske-Straße - Bahnhof Griebnitzsee - Fahrten am Wochenende

Die dazu ausgereichte und den Fraktionen vorab per Mail zugeleitete Information wird durch Herrn Pfefferkorn, Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung, erläutert.

Frau B. Müller merkt dazu kritisch an, dass sich der Beschluss auf die Anbindung der Wohngebiete beziehe und insbesondere eine bessere Verkehrsanbindung an den Wochenenden erreicht werden sollte. Dieses Anliegen sei mit hier erläuterten Maßnahmen nicht erfüllt.

Der Oberbürgermeister sagt zu, diese Hinweise und Anregungen „mitzunehmen“ und dem ViP zuzuleiten.

zu 5 Sonstiges

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf die Beratung der „**Konzeption der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert**“, DS 11/SVV/0947, im Ausschuss für Kultur und verweist auf die im Ausschuss geübte Kritik an diesem Konzept. Darüber hinaus habe der Ausschuss für Kultur dringend einen Workshop empfohlen und es gebe entsprechende Anträge der Fraktionen. Dies sollte auch im Hauptausschuss thematisiert werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie die angekündigte Aufgabe der Aufsichtsratsmandate durch den Oberbürgermeister vollzogen wurde und wer diese Funktion in den einzelnen Gesellschaften jetzt innehat, antwortet der Oberbürgermeister. Er habe mit einer entsprechenden Erklärung gegenüber den Gesellschaften die **Aufsichtsratsvorsitze** zum 31.12.2011 zurückgegeben. Für die Pro Potsdam sei ab 01.01.2012 Herr Klipp der Aufsichtsratsvorsitzende; im Aufsichtsrat der EWP werde der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Herr Dubberstein (Vorstandsmitglied beim Mitgesellschafter E.ON-edis) die Funktion übernehmen. Ebenso bei der SWP, wo Herr Dr. Scharfenberg als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender die Funktion ausüben werde – ein entsprechendes Schreiben sei an ihn unterwegs.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die für den 18. Januar 2012 geplante Eröffnung der **Halle im Luftschiffhafen** und das Problem, dass Vereine/Mannschaften pro Spiel 4.000 Euro bezahlen sollen. Mit diesem Problem und dem dazu vorliegenden Antrag der Fraktion SPD müsse sich auseinandergesetzt werden. Frau Dr. Magdowski entgegnet, dass dies auch Thema in der letzten Sitzung des Luftschiffhafenbeirates gewesen sei und sich auf Wunsch der Stadtverordneten, hier keine Vollkostenrechnung anzusetzen, nun verschiedene Lösungsansätze im Geschäftsgang befinden. Sie meine, ein Schreiben unterzeichnet zu haben, dass Vereine/Mannschaften erst einmal ohne Kosten spielen können. Da der Vorschlag nun im Raum sei, der keine Vollkostenrechnung beinhalte, müssten die auflaufenden Kosten ausgeglichen werden. Auf die Nachfrage von Frau Bankwitz, wo man eine Kostenaufstellung finde, verweist Frau Dr. Magdowski darauf, dass diese im Luftschiffhafenbeirat ausgereicht worden sei. Auf Bitte von Frau Bankwitz sagt Frau Dr. Magdowski zu, diese Kostenaufstellung an alle Fraktionen auszureichen.

Bezug nehmend auf die im Hauptausschuss am 21.12.2011 favorisierte Variante, das **SAGO-Gelände für ein Tierheim** zu nutzen und in Vorbereitung der Hauptausschusssitzung am 18. Januar 2012 sei ihm aufgefallen, so Herr Dr. Scharfenberg, dass die von der Verwaltung ausgewiesene Fläche (Flurstück 49/8) gar nicht zu dem Vorhaltestandort für eine große Gewerbeansiedlung gehöre. Er bittet, dieses in der Vorbereitung der Hauptausschusssitzung am 18.01.2012 zu berücksichtigen.

Frau Müller-Preinesberger sagt zu, diesen Hinweis aufzunehmen und zu prüfen.

Im Rahmen der **Haushaltsberatung 2012**, so Herr Dr. Scharfenberg, sollte auch eine Einschätzung des Haushaltsvollzugs 2011 erfolgen. Das, so Herr Exner, gestalte sich mit einem doppelten Haushalt schwieriger als mit einem kameralen, werde aber auf jeden Fall im Ausschuss für Finanzen thematisiert. Im Weiteren informiert er über die vom Land noch vor Weihnachten bekannt gegebenen neuen Orientierungsdaten und die damit verbundene Steigerung der allgemeinen Schlüsselzuweisungen um mehr als 3 Mio. Euro. Damit könne der Fehlbetrag von 16,2 Mio. Euro im Haushalt 2012 minimiert werden. Die Hoffnung, mit diesen zusätzlichen Zuweisungen das Haushaltsdefizit nahezu

auszugleichen, werde sich allerdings nicht erfüllen, denn in Erwartung erhöhter Schlüsselzuweisungen sei ein Großteil der Summe bereits im Haushalt eingerechnet. Zu klären sei, warum für die investiven Schlüsselzuweisungen rund 57.000 Euro weniger beschieden wurden als in den allgemeinen Orientierungsdaten. Er kündigt an, dass in den Änderungslisten der Verwaltung zur abschließenden Haushaltsberatung 2012 die bisherigen Prognosen und Hochrechnungen geprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Frau Bankwitz fragt nach, wie sich die **Organisation des Presseamtes** in der Stadtverwaltung darstelle und zu welcher Organisationseinheit Herr Preißler gehöre.

Der Oberbürgermeister merkt dazu an, dass dies im Hauptausschuss bereits thematisiert wurde. Die Pressesprecher der Stadt, Frau Thielemann, Herr Schulz, Herr Brunzlow und Herr Clear gehören zum Büro des Oberbürgermeisters. Herr Preißler als Referent in der Leitungsunterstützung ist dem Geschäftsbereich von Herrn Exner zugeordnet.

Frau Dr. Schröter fragt nach, wann das bereits für September 2011 angekündigte **Konzept für das Haus der Wissenschaft** vorgelegt werde. Der Oberbürgermeister antwortet, dass sich die Verzögerungen aus notwendigen Verhandlungen mit dem Land ergeben haben, die aber nun zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Das Konzept werde der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2012 vorgelegt.

Frau Dr. Müller verweist auf ein **Schreiben des SV Motor Babelsberg, Abteilung Boxen**, in dem es um die wegfallenden Haushaltsmittel gehe und fragt, warum das an die Verwaltung im Oktober 2011 gerichtete Schreiben mit gleichem Inhalt nicht beantwortet worden sei und welche Ideen es gebe, um Abhilfe schaffen zu können.

Frau Dr. Magdowski bestätigt, dass ihrem Geschäftsbereich das Schreiben vom Oberbürgermeister zugeleitet wurde, aber noch keine verbindliche Entscheidung mitgeteilt worden sei, weil der Haushalt 2012 derzeit noch beraten werde. Dem Verein sei aber signalisiert worden, dass es laut Vorschlag der Verwaltung auch 2012 einen Zuschuss geben werde. Auf der durchgeführten Sportkonferenz seien die Kürzungen besprochen worden. Mittlerweile gehe es nicht mehr um die bislang geforderten 5.000 Euro sondern um 15.000 Euro. Können die Hauptstadtmittel im städtischen Haushalt nach Haushaltsberatungen kompensiert werden, bleibe es auch bei der bisherigen Förderung des Vereins von 5.000 Euro.

Bezüglich des Rechtsstatus der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsgebührensatzung fragt Herr Schröder, ob es richtig sei, dass die Stadt auf Grund der Beanstandungen des Oberbürgermeisters keine gültigen Satzungen habe. Dies wird vom Oberbürgermeister bestätigt. Auf die Frage, wann die Kommunalaufsicht auf die Beanstandungen reagieren werde, entgegnet er, dass dies „alsbald“ erfolgen solle, aber kein konkreter Termin genannt wurde.